

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auergebirge, Fernsprecher 53. Für unvorgelegt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Anzeigerpreise: Die in den Anzeigern enthaltenen Anzeigen sind nach dem Inhalt zu unterscheiden in: 1. Anzeigen für den Verkauf von Waren und Dienstleistungen, 2. Anzeigen für den Verkauf von Immobilien, 3. Anzeigen für den Verkauf von Aktien und Obligationen, 4. Anzeigen für den Verkauf von Kunstwerken, 5. Anzeigen für den Verkauf von Büchern, 6. Anzeigen für den Verkauf von Musikinstrumenten, 7. Anzeigen für den Verkauf von Maschinen, 8. Anzeigen für den Verkauf von Fahrzeugen, 9. Anzeigen für den Verkauf von Land, 10. Anzeigen für den Verkauf von anderen Sachen. Die Preise sind pro Zeile und Woche zu verstehen. Für längere Anzeigen sind besondere Abmachungen zu treffen.

Belegpreise: Durch unsern Postboten wird das Blatt täglich an die Abonnenten geliefert. Der Preis beträgt monatlich 3.00 Mk. und vierteljährlich 8.00 Mk. Für den Auslandsendung beträgt der Preis monatlich 4.00 Mk. und vierteljährlich 12.00 Mk. Die Anzeigen sind zu jeder Zeit zu kündigen. Die Kündigungen sind schriftlich zu machen.

Nr. 159

Donnerstag, den 11. Juli 1918

13. Jahrgang

Das Stempelgesetz im Reichstag angenommen.

Vertagung des Reichstages. — Landung von 10 000 Franzosen und Serben in Archangelsk. Fünf amerikanische Flugzeuge in unsere Hand gefallen.

Der springende Punkt.

Obwohl George hat in einer Rede erklärt, daß Deutschland morgen den Frieden haben könne, wenn es die Wilsonschen Bedingungen annehme. Herr Wilson hat nun zuletzt auf der Feler der amerikanischen Unabhängigkeit am Grabe George Washingtons wieder einmal vier neue Punkte formuliert, ohne deren Annahme er nicht Frieden zu schließen erklärt. Erst in seiner letzten Rede konnte der Reichstanzler Graf Hertling feststellen, daß Deutschland ausdrücklich die Wilsonschen Bedingungen als Grundlage akzeptierte, und der englische Abgeordnete Bonar Law konnte vor kurzem seinem Premier nachweisen, daß Graf Hertling keinen der Wilsonschen Punkte abgelehnt habe. Aber was hilft das? Graf Hertling betont mit Recht, daß Wilson überhaupt nicht wiedergewählt hat, und in seiner Rede am Grabe Washingtons vermeldet er es ängstlich, unsere letzten Erklärungen auch nur zu erwähnen. So einfach wie Lloyd George die Dinge darstellt, liegen sie eben nicht, und zwar einzig und allein deshalb nicht, weil die Kriegsverlängernden Staatsmänner der Westentente immer auf ein neues großes Ereignis hoffen, das ihnen die drohende Niederlage noch in äußerster Stunde abwendet. Dennoch ist es notwendig, immer wieder das Gerücht der feindlichen Staatsmänner auf seine Falschheit und Stillsichtigkeit zu untersuchen. Als ersten seiner neuen vier Punkte verkündete Herr Wilson die Vernichtung jeder Willkür und Macht, die durch sich allein und heimlich den Frieden der Welt stören könne, und wenn ihre Vernichtung jetzt nicht möglich sei, mindestens ihre Herabdrückung zu tatsächlicher Ohnmacht. Da trifft es sich nun gut, daß weiter am gleichen Tage wo er Wilsons Rede in die Welt kassierte, von einer formellen Note der englischen Regierung an Holland Kenntnis gab, in der betont wird, daß Großbritannien das Recht der Durchsuchung, daß es, gleichgültig ob es sich um ein Schiff der Neutralen oder Kriegsschiffe handelt, in Uebereinstimmung mit dem Völkerrecht seit Jahrhunderten aufrecht erhalten habe, nicht aufgeben könne. Hier liegt Willkür und Macht zugleich vor, wie man sie sich in scharferer Ausprägung kaum denken kann. Es genügt also nicht, daß Deutschland die Wilsonschen Bedingungen annimmt, auch England muß sich ihnen beugen. Aber davon spricht Lloyd George nicht. Und wie der Landkrieg weitergehen muß, um die Feinde gefügig zu machen, so muß auch der U-Bootkrieg seinen Fortgang nehmen, um die Freiheit der Meere zu erkämpfen. Wir wissen dabei, daß es ein Bluff ist, wenn Herr Lloyd George in unsern U-Booten keine Gefahr mehr sehen will, sondern nur noch eine Belästigung. Der Staatssekretär des Reichsmarineamtes Herr von Capelle hat am 6. Juli gegenüber feindlichen Behauptungen festgestellt, daß unsere U-Bootverluste vom Feinde absichtlich übertrieben werden, und daß unsere U-Bootflotte in der Zahl wie in der Qualität der Boote im Steigen begriffen ist. Wir versenken täglich vier bis fünf größere Schiffe mit wertvollen Ladungen an Kriegsmaterial, Truppen, Rohstoffen und Lebensmitteln. Der Feind kann nicht in dem Tempo bauen wie wir versenken. Bei dauerndem Rückgang des Schiffsraumes aber ist ein steigender Bedarf beim Feinde vorhanden. Jeder amerikanische Soldat auf Frankreichs Boden erfordert sechs Bruttoregister-tonnen Schiffsraum, um herübergebracht zu werden und dauernd drei Bruttoregister-tonnen für seine Verpflegung. Die Schiffsraumnot wird England auch hindern, eine größere Truppenmenge nach der Murmanküste zu werfen. Früher oder später muß der Feind also nachgeben, und der springende Punkt wird sein, daß auch er sich Wilsons Bedingungen fügt, die wir längst als unsere Friedensziele erklärt haben.

Annahme der Stempelsteuern im Reichstag.

Sitzung vom 10. Juli.

Die zweite Lesung der Steuerentwürfe wird bei den Änderungen des Reichsstempelgesetzes fortgesetzt. Es liegt ein Kompromißantrag aller Parteien vor. Danach soll der Aktienstempel für die Dauer des gegenwärtigen Kriegszustandes 8 v. Tausend betragen. Der Bundesrat soll jedoch für diese Zeit den Steuerfuß bis auf 2 vom Tausend ermäßigen oder ihn auf 4 v. Tausend erhöhen können. Ferner sieht dieses

Der heutige amtliche Kriegsbericht

(Amtlich.) Großes Hauptquartier, 11. Juli.

Westlicher Kriegsschauplatz.
Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
Tagesüber mäßige Gefechtsaktivität, die am Abend vielfach auflebte. Wichtige Erkundungskämpfe. Ein stärkerer Vorstoß des Feindes nordöstlich Bethune wurde abgewiesen.
Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.
Lebhafte Feueraktivität zwischen Mons und Marnes. Erneute Teilangriffe, die der Feind aus dem Walde von Villers-Cotterets heraus führte, drückten unsere Posten an den Saviere-Grund zurück.

Von einem Geschwader von 6 amerikanischen Flugzeugen, die Koblenz angreifen wollten, fielen 5 in unsere Hand. Die Besatzung wurde gefangen.

Der Erste Generalquartiermeister des Landes.

16 500 Tonnen versenkt.

(Amtlich.) Berlin, 10. Juli. Durch die Tätigkeit unserer U-Boote wurden im nördlichen Sperrgebiet um England neuerdings 16 500 Brl. feindlichen Handelschiffraumes vernichtet. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Antrag eine Verringerung der vom Reichstag neu geschaffenen Bestimmung vor, durch die eine Umgehung des erhöhten Stempels zugunsten des niedrigeren Stempels für die Rücksendeschäfte vermieden werden soll. Nach den Beschlüssen des Ausschusses soll der Steuerfuß für Rücksendeschäfte ein Prozent bis fünf Prozent v. Tausend betragen, doch soll, wenn einer der Vertragsschließenden ein Geschäft dieser Art im eigenen Namen, aber für gemeinschaftliche Rechnung abgeschlossen hat, oder wenn ein Teilnehmer an dem Geschäft nicht zu den in den ermäßigten Vorschriften aufgeführten Personen gehört, der Vertragsschließende nach Maßgabe der Beteiligung und der ihm ausgehändigten oder von ihm zurückbehaltenen verschuldeten Schlussnotenanteile eine weitere Abgabe von fünfzehn Prozent v. Tausend entrichten. Der Antrag der Parteien will diesen Satz auf fünfzehn Prozent v. Tausend erhöhen.

Abg. Dove (fortschr. Bp.) warnt davor, den so läden Geschäftsverkehr mit einer übermäßigen Steuer zu belasten. Die wirtschaftliche Bedeutung der Börse werde nach dem Kriege noch größer sein als jetzt. — Abg. Zimmermann (natl.) wendet sich gegen die geplante Besteuerung der Umsätze von Kriegsanleihen. — Abg. Brodhause (kons.) tritt für den Kompromißantrag ein. — Abg. Dr. Pieker (natl.): Eins von 5 v. T. könne keine erhebliche Wirkung gegenüber der Spekulation haben. Wir müßten das Schwert der Börse scharf halten.

Der Kompromißantrag zum Aktienstempel wird darauf gegen die Stimmen der Unabhängigen Sozialdemokraten angenommen. Im übrigen bleibt es bei den Beschlüssen des Ausschusses. — Es folgt die Einkommensteuer.

die von 8 auf 20 v. T. erhöht werden soll, sobald das Einkommen insgesamt 5000 Mark übersteigt. — Die Vorlage wird angenommen. Ein sozialdemokratischer Antrag will das Einkommen aus fideikommissarischem Besitz mit 10 Prozent besteuern. — Abg. Waldstein (Bsp.) erklärt, daß seine Freunde dem Antrag zustimmen. — Abg. Pfeleger (Centr.) spricht sich dagegen aus, da der Antrag einen Eingriff in die Finanzhoheit der Einzelstaaten bedeute. Der sozialdemokratische Antrag wird in namentlicher Abstimmung mit 154 gegen 188 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt. — Abg. Gugelmeier (natl.) wünscht, daß die Steuerermäßigung für die Sparfassen möglichst weitgehend gehandhabt werde. Unterstaatssekretär Schiffer erwidert: Der Vordränger kann gewiß sein, daß der Bundesrat die ihm übertragenen Ermächtigungen als eine Verpflichtung ansieht, auf die Entwicklung des Sparfassenverkehrs jede nur mögliche Rücksicht zu nehmen. — Abg. Wammuth beantragt folgende Fassung: Befreit sind öffentliche Sparfassen, Genossenschaften und deren Besatzungen.

Die Befreiung kann in einzelnen Fällen durch die oberste Reichsfinanzbehörde im Einvernehmen mit dem Reichstanzler auch auf nichtöffentliche Sparfassen ausgedehnt werden. Die Befreiung tritt nicht ein für denjenigen Umsatz der Sparfassen, der auf Geschäfte entfällt, die dem eigentlichen Sparfassenverkehr fremd sind. Die näheren Bestimmungen hierüber trifft der Bundesrat.

Der erste Absatz des Antrages Wammuth wird mit 162 gegen 117 Stimmen angenommen. Die Mehrheit besteht aus den beiden konservativen und den beiden sozialdemokratischen Fraktionen. Der zweite Satz wird mit 150 gegen 123 Stimmen angenommen. Zur Mehrheit gehören diesmal die konservativen und die beiden sozialdemokratischen Fraktionen. Der Rest des Stempelgesetzes wird unverändert angenommen.

Die Vertagung des Reichstages.

Der Vorkommensauschuß des Reichstages hat den vorläufigen Beschluß gefaßt, daß der Reichstag, sobald er seine gegenwärtigen Aufgaben beendigt hat, in die Sommerferien gehen soll, die man auf eine Zeit von über zweieinhalb Monaten auszudehnen beabsichtigt. Als Termin für die Wiederberufung wird der 6. November genannt, und in parlamentarischen Kreisen nimmt man an, daß voraussichtlich dieses Datum auch eingehalten werden wird.

Augenzeugenbericht über Mirbachs Ermordung.

Ueber die Ermordung des Grafen Mirbach erzählt der „Berliner Lokalanzeiger“ nach Mitteilungen von Augenzeugen folgende Einzelheiten:

Die deutschen Herren hatten mit den beiden Mördern an einem Wärmortisch in der Mitte des Zimmers Platz genommen, und zwar in niedrigen tiefen Lederstühlen. Die Mördere konnten unauffällig unter der Platte des Marmortisches ihre Waffen bereitmachen, während ihre Opfer in ihrer zurückgelegten Lage ein bequemeres Ziel boten. Die Mördere begannen in Aktenbüchern zu suchen, um die Aufmerksamkeit der deutschen Herren abzulenken. Sie zogen unter dem Tische ihre Waffen hervor, sprangen mit hocherhobenen Revolvern auf und begannen zu feuern, der eine auf den Befandten, der andere auf die beiden anderen Herren abwechselnd. Gegenwehr war den Herren, die unbewaffnet waren, in den ersten Sekunden nicht möglich. Der Befandte ward gleich bei den ersten Schüssen am Hinterkopf getroffen. Auf die Schüsse eilten Leute aus dem Nebenzimmer herbei. Bevor die Mördere zum Fenster hinaus sprangen warf jeder von ihnen Handgranaten. Nur eine explodierte. Die Sprengstücke trafen den Grafen Mirbach und wirkten sofort tödlich.

Kriegsentzündung durch Rußland.

Sieben Milliarden Rubel.

„Mascha Slowa“ meldet, daß am 2. Juli beim Kommissariat für Handel und Industrie in Moskau eine Sitzung der Hauptliquidierungskommission des Dreier-Vertrages stattgefunden habe, bei dem die Frage des Ersatzes der Kriegsschäden beurteilt wurde, die Deutschland in diesem Kriege erlitten hat. Die allgemeine Summe der öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Ansprüche, die Deutschland von Rußland erhalten soll, beträgt nach den Feststellungen der Moskauer Kommission sieben Milliarden Rubel, wobei Deutschland darauf bestand, daß diese in aller nächster Zukunft liquidiert werden müssen.

Miljutow will sich nach der deutschen Seite orientieren. Aus Petersburg treffen fortgesetzt Angehörige der Radikalenpartei in Wien ein, die sich um Miljutow (Saren) Miljutow erklärte in einer Unterredung mit dem Minister für die großrussischen Angelegenheiten, die Behauptung, daß er Deutschland ein förmliches Protektorat über Großrußland angeboten habe, sei irrtümlich. Wichtig sei allerdings, daß er selbst zu jener Minderheitsradikalenpartei gehöre, die sich nach der deutschen Seite orientieren wolle.

Die deutsch-österreichischen Wirtschaftsverhandlungen.

Ihre Ziele und Zweck.

Zu den soeben eröffneten deutsch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftsverhandlungen in Salzburg erfahren die Wiener